



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
LISSABON, 2. OKTOBER 2003
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der EZB-Rat hat heute zum achten Mal außerhalb Frankfurts getagt. Ich möchte sowohl dem Gouverneur, Herrn Constâncio, für seine Einladung und großzügige Gastfreundschaft danken als auch den Mitarbeitern des Banco de Portugal für die hervorragende Organisation der Sitzung.

Der EZB-Rat hat heute beschlossen, die **Leitzinsen der Europäischen Zentralbank** unverändert zu belassen. Die wesentlichen Komponenten unserer wirtschaftlichen und monetären Analyse haben nach wie vor Bestand. Insbesondere die mittelfristigen Aussichten für die Preisstabilität sind weiterhin günstig, sodass wir zu dem Schluss gelangt sind, dass das im historischen Vergleich niedrige Niveau der EZB-Leitzinsen nach wie vor angemessen ist. Dies trägt darüber hinaus weiter zur Stützung der konjunkturellen Entwicklung bei. Wir werden auch in Zukunft alle Entwicklungen, die für unsere Einschätzung relevant sein könnten, sorgsam beobachten.

Unserem Beschluss liegen im Einzelnen folgende Überlegungen zugrunde.

Was zunächst die **wirtschaftliche Analyse** betrifft, so stagnierte das Wachstum des realen BIP im Euro-Währungsgebiet im ersten Halbjahr 2003 praktisch. Die jüngsten Daten und Informationen stehen jedoch mit einer verhaltenen Konjunkturbelebung in der zweiten Jahreshälfte in Einklang. So gibt es vor allem Anzeichen dafür, dass sich die konjunkturelle Entwicklung im dritten Quartal etwas gefestigt haben könnte, und die bis September vorliegenden Vertrauensindikatoren deuten allgemein auf eine gewisse Verbesserung der Wirtschaftserwartungen hin. In Übereinstimmung mit den verfügbaren Prognosen und Projektionen dürfte sich dieser Aufschwung im Laufe des nächsten Jahres langsam verstärken. Was die Außenwirtschaft betrifft, so schreitet die Erholung der weltwirtschaftlichen Aktivität offenbar voran. Dies sollte die Exportnachfrage im Eurogebiet

stützen und die Auswirkungen des Verlusts an preislicher Wettbewerbsfähigkeit kompensieren. Auf der binnenwirtschaftlichen Seite setzen die Unternehmen ihre Anpassungsbemühungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität offenbar fort. Dies sollte in Verbindung mit dem niedrigen Zinsniveau zu einem Wiederanstieg der Investitionen beitragen. Darüber hinaus dürften die aus der vergangenen Aufwertung des Euro resultierenden Terms-of-Trade-Effekte einen günstigen Einfluss auf das real verfügbare Einkommen im Euroraum und damit auf die privaten Konsumausgaben haben. Die Entwicklungen an den Finanzmärkten stimmen weitgehend mit diesem Gesamtbild überein.

Die kurzfristigen Risiken, mit denen dieses Hauptszenario einer allmählichen Erholung behaftet ist, scheinen weitgehend ausgeglichen zu sein. Es bestehen jedoch weiterhin einige Risiken im Hinblick auf die Nachhaltigkeit des weltweiten Wirtschaftswachstums. Diese stehen mit der mittelfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in wichtigen Industrieländern und der in diesem Kontext zu nennenden Anpassung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in einigen Regionen der Welt in Zusammenhang.

Was die Perspektiven für die Preisentwicklung betrifft, so zeigt die jüngste Vorausschätzung von Eurostat, dass die Teuerungsrate gemessen am HVPI im September bei 2,1 % lag und sich damit gegenüber August nicht verändert hat. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sie um die 2%-Marke pendeln. Die Wechselkursentwicklung trägt dazu bei, den kurzfristigen Aufwärtsdruck auf die Preise zu dämpfen, während die infolge der heißen und trockenen Witterung in einigen Ländern des Euro-Währungsgebiets gestiegenen Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel auf ein begrenztes Aufwärtsrisiko in den nächsten Monaten hindeuten könnten. Hinsichtlich der für Anfang 2004 zu erwartenden Entwicklungen herrscht immer noch gewisse Unsicherheit darüber, wie sich die in einigen Ländern des Eurogebiets geplanten Erhöhungen der indirekten Steuern und administrierten Preise im Einzelnen auf die HVPI-Inflation auswirken werden. Über die kurze Frist hinaus gehen wir allerdings weiterhin davon aus, dass die Inflation 2004 auf unter 2 % sinken und danach mit Preisstabilität vereinbar bleiben dürfte. Diese Erwartung stützt sich auf die Annahme, dass die Lohnentwicklung auch vor dem Hintergrund einer allmählichen konjunkturellen Erholung gedämpft bleiben wird. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet mittel- bis langfristig auf einem Niveau unterhalb von, jedoch nahe bei 2 % verankert sind.

Aus der **monetären Analyse** geht hervor, dass das kräftige Geldmengenwachstum der vergangenen zwei Jahre durch die vorgenommenen Portfolioumschichtungen, Vorsichtssparen und das niedrige Zinsniveau angeheizt wurde. Letzteres stellte auch ein Gegengewicht zu den negativen Auswirkungen des schwachen Wirtschaftswachstums auf die Kreditvergabe dar. Es gibt sogar Anzeichen für eine Beschleunigung des Wachstums der Kredite an den privaten Sektor.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt der Aufbau von Überschussliquidität angesichts des verhaltenen Wirtschaftswachstums keinen Anlass zur Besorgnis. Sollte der Liquiditätsüberschuss allerdings auch bei einem kräftigen Konjunkturaufschwung fortbestehen, könnte er mittelfristig zu inflationären Spannungen führen.

Zusammenfassend und **nach Gegenprüfung der im Rahmen der beiden Säulen gewonnenen Informationen** bestätigt unsere wirtschaftliche Analyse nach wie vor, dass in den kommenden Jahren im Zuge einer allmählichen konjunkturellen Erholung und einer moderaten Entwicklung der Importpreise und Löhne mit einem weiterhin verhaltenen Preisauftrieb zu rechnen ist. Angesichts der wirtschaftlichen Lage dürfte die kräftige Ausweitung der Geldmenge diese Aussichten zunächst nicht negativ beeinflussen. Insgesamt bleiben die mittelfristigen Perspektiven für die Preisstabilität also günstig.

Mit Blick auf die **Finanzpolitik** möchten wir erneut unsere tiefe Besorgnis zum Ausdruck bringen. Die Anzeichen mehren sich, dass die meisten Länder ihre Haushaltsziele für das Jahr 2003 deutlich verfehlen werden, und in einigen Fällen stimmen auch die Haushaltspläne für 2004 nicht zuversichtlich. Zwar spiegelt sich in der Verschlechterung der Finanzierungssalden überwiegend das hinter den Erwartungen zurückgebliebene Wirtschaftswachstum wider; dennoch ist es Besorgnis erregend, dass bislang nicht alle Länder mit schwerwiegenden Ungleichgewichten ausreichende Konsolidierungsmaßnahmen in die Wege geleitet haben. Es ist von fundamentaler Bedeutung, dass die Glaubwürdigkeit der institutionellen Grundlagen der WWU gewahrt bleibt.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass der EG-Vertrag und der Stabilitäts- und Wachstumspakt einen geeigneten Rahmen für die Aufrechterhaltung der Haushaltsdisziplin innerhalb angemessener Flexibilitätsgrenzen bilden. Das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit ist keineswegs ein mechanisches Instrument, das die Finanzpolitik einschränkt, sondern es sieht eine Reihe von Anreizen vor, die dafür sorgen, dass die Länder schwerwiegende Haushaltsungleichgewichte vermeiden und korrigieren. Bei jedem einzelnen Schritt werden die fiskalpolitischen Maßnahmen und Änderungen im konjunkturellen Umfeld eines Landes beurteilt und bei der Konkretisierung weiterer Schritte berücksichtigt. Den Ländern werden also kontinuierlich die Risiken und Kosten vor Augen geführt, mit denen zu rechnen ist, wenn Maßnahmen zur Wahrung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen hinausgezögert werden. Zur Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit des finanzpolitischen Rahmens ist es unabdingbar, seine Regeln vollständig einzuhalten und in jeder Hinsicht umzusetzen. Geschieht dies und werden die Forderungen des ECOFIN-Rats erfüllt, so ergeben sich positive Vertrauens- und Wachstumseffekte, die noch verstärkt werden können, wenn die Haushaltspläne Teil einer umfassenden und

glaubwürdigen mittelfristigen Strategie sind, deren Schwergewicht auf einer strukturellen Ausgabenreform liegt.

Obwohl es sich hier in Lissabon wahrscheinlich von selbst versteht, ist die im März 2000 vereinbarte Lissabon-Strategie von größter Bedeutung für die Umsetzung von **Strukturenreformen**. Weitere Reformen sind dringend erforderlich, um die strukturellen Verkrustungen an den Arbeits- und Gütermärkten abzubauen und damit dem wirtschaftlichen Hauptproblem des Euro-Währungsgebiets, nämlich der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit, zu begegnen. Gleichzeitig sind die derzeitigen Bemühungen zur Ingangsetzung wichtiger Änderungen am Renten- und Gesundheitswesen und in anderen Bereichen, die der Bevölkerungsalterung Rechnung tragen, eine zentrale Voraussetzung für die Gewährleistung der dauerhaften Tragfähigkeit unserer Sozialversicherungssysteme.

Gestatten Sie mir nun noch einige persönliche Anmerkungen. Wie Sie wissen, ist dies höchstwahrscheinlich die letzte von mir geleitete Pressekonferenz im Anschluss an eine Sitzung des EZB-Rats. Aus meiner Sicht waren diese Pressekonferenzen ein Erfolg. Sie dienen dazu, die Medien und die breite Öffentlichkeit ausführlich und fast in „Echtzeit“ über die Ergebnisse dieser Sitzungen zu informieren und haben es uns ermöglicht, unsere geldpolitischen Entscheidungen in offener und transparenter Weise bekannt zu geben und zu erläutern. Dies macht die EZB meines Erachtens sogar zu einer der transparentesten Zentralbanken der Welt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um den Medien für ihre Arbeit in den letzten fünfzehn Jahren zu danken, in denen ich Vorsitzender des EZB-Rats sein durfte. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Wir sind jetzt gern bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.